

Trend

... neuer Zeitgeist



Inhalt

Seite 2/3

Editorial

Das unerwartete Glück

Seite 4/5

Gunnar Schupelius vs.

Laura Himmelreich

Ordnungsrufpraxis

Seite 6/7

Geisterbahnhöfe

Leseempfehlung: Mauerfall

Seite 8

Hetze?

Verhetzung?

Volksverhetzung?

Mauerfall

Wild – nur für Dich!

Verehrter Leser,

ich habe den Mauerfall 1989 als weitgehend unpolitischer Mensch erlebt. Meine Stimme bekam mal dieser mal jener, manchmal sogar die Grünen – wofür ich mich heute schäme.

Nach meinem Eindruck waren Me-

dien und Politiker latent gegen die Deutsche Einheit eingestellt, bestenfalls war sie ihnen egal.

Die Menschen dachten anders. Nicht nur im Osten. Im Westen gab es eine Welle der Hilfsbereitschaft. In beiden Teilen unseres Landes machte sich eine Glückseligkeit breit. Die Wende kam mit den dubiosen Machenschaften der sogenannten Treuhand.

Ihr Andreas Wild



Das unerwartete Glück

Im Vorfeld des CDU-Bundesparteitages im September 1989 gab es starke Kräfte in der Union, die das Streben nach Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm streichen wollten.

Hilde Schramm, die Tochter des Nazi-Verbrechers Albert Speer, weigerte sich als von den Grünen gestellte Parlamentspräsidentin im damaligen West-Berlin zur Eröffnung der Parlamentssitzung die traditionellen Worte „Wir bekunden unseren unbeugsamen Willen, dass die Mauer falle ...“ zu sprechen.

Die grüne „Volksvertreterin“ war offenbar eine entschiedene Gegnerin der deutschen Einheit. Für diesen Eklat titulierte sie der CDU-Abgeordnete Dr. Ekkehard Wruck „Brut von Nazi-Verbrechern“. SPD-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine ließ sich in seiner Wut über die Ereignisse sogar dazu hinreißen, von nationaler Besoffenheit zu sprechen. Er ließ als saarländischer Ministerpräsident von seiner Staatskanzlei sogar prüfen, ob es möglich wäre, den Zuzug von DDR-Bewohnern in die Bundesrepublik zu unterbinden. Ihm schwebte vor, Menschen aus den neuen Bundesländern nur dann in das Bundesgebiet einreisen zu lassen, wenn sie zuvor einen Arbeitsplatz und eine Wohnung im Westen nachweisen könnten.

Es gab selbst nach der Maueröffnung noch mediale und politische Geisterfahrer, die versuchten, sich dem Einheitszug entgegenzustemmen. In dem linken Zeitgeist- und Yuppie-

magazin „Wiener“ entblödeten sich 126 Politiker und „Kulturschaffende“ nicht, die Anerkennung der DDR ohne Wenn und Aber zu fordern. Viele von Ihnen haben das Glück, daß ihr Zeugnis des Inländerhasses mit dem Mantel der Nächstenliebe und des Vergessens zugedeckt wurde.

Aber Peter Maffay, der Sänger, der heute noch die Konzertsäle füllt und sich darin gefällt, den Menschen dieses Landes den Ratschlag zu erteilen, sie hätten sich gefälligst über die Aufnahme von Wirtschaftsmigranten freuen, wollte damals nicht abseits stehen und forderte im Januar 1990 die Anerkennung der DDR. Ansonsten umfasst die Liste zahlreiche grüne Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene sowie einige SPD-„Volks-

vertreter“.

Sucht man nach Gründen, warum sich die Menschen in den neuen Bundesländern damit schwertun, die Grünen zu wählen, wird man hier fündig. Die Grünen waren nicht für die Wiedervereinigung, sie hatten auch nichts für die Menschen „drüben“ übrig, und derartige Abneigungen sind eben dauerhaft nicht zu verstecken. Sie spüren das.

Aber es gab auch frühzeitig Persönlichkeiten, die für die Einheit eintraten. So veröffentlichte im Sommer 1989 der damalige West-Berliner FDP-Politiker, Hermann Oxfort, sein richtungsweisendes Papier: „Von der Konföderation zu Wiedervereinigung.“ Schon 1982 veröffentlichte Wolfgang Venohr seinen Sammel-



Checkpoint Charlie am 9. November 1989: Andreas Wild im roten Kreis.



Andrang vor der bundesdeutschen Botschaft in Prag: DDR-Flüchtlinge wollen in den Westen.

band „Die Deutsche Einheit kommt bestimmt“ unter Mitarbeit von Peter Brandt (Sohn von Willy Brandt) und Herbert Ammon („Patriotismus von Links“), Hellmut Diwald, Franz Herre, Harald Rüddenklau, Theodor Schweisfurth, und Wolfgang Seiffert. Aber das waren Ausnahmen. Für die Masse der Politiker und Angestellten der Meinungsindustrie war die deutsche Einheit kein Thema.

Sie wurde es erst, als sie quasi nicht mehr aufzuhalten war. Dabei fehlte es nicht an Hinweisen des neuen Generalsekretärs der KPdSU Gorbatschow, daß er bereit war, in der „deutschen Frage“ den Deutschen entgegenzukommen. Die deutsche Politik und die Journalisten hörten ihm nicht zu oder wollten ihm nicht zuhören. Ronald Reagan hingegen hörte aufmerksam zu und hielt in diesem Zusammenhang seine historische Rede, in der er Gorbatschow aufforderte, die Berliner Mauer einzureißen.

Will man von einem historischen Verdienst Helmut Kohls und Hans-Dietrich Genschers sprechen, so ist es er, daß sie sich dem Zuge der Zeit nicht verweigerten, obwohl der bundesre-

publikanische Mainstream dem entgegenstand.

So ist auch zu erklären, daß die Regierung des Kanzlers Kohl die Kosten des Aufbaus der Währungsunion, die eher im Interesse der Engländer und Amerikaner und gegen die der Deutschen und Russen gelegen sein musste, und anderer vereinigungsbedingter öffentlicher Aufgaben vollkommen falsch einschätzte.

Die Bundesregierung hatte sich nicht für die Wiedervereinigung interessiert und daher auch keinerlei Vorkehrungen für den Fall getroffen, daß sie dann doch noch eintreten würde. Sogar das für Leipzig reservierte Autokennzeichen „L“ war an den Lahn-Dill-Kreis vergeben worden. Nur mühsam gelang es schließlich, Leipzig das „L“ als Autokennzeichen wieder zuzuweisen.

Auch der „Kanzler der Einheit“ erkannte nicht die Zeichen der Zeit. Im Gegenteil, 1987 lud Kohl den SED-Machthaber und Diktator Erich Honecker in den freien Teil Deutschlands zu

einer Art Staatsbesuch ein. Die Meinungsindustrie schrieb, dies sei die „Symbolik der Anerkennung deutscher Zweistaatlichkeit“. Blind und instinktlos schrieben die „Journalisten“ das, was sie glauben wollten und nicht das, was tatsächlich passierte. Angesichts dieser Faktenlage wäre bei Helmut Kohl und seiner Rolle bei der Wiedervereinigung etwas mehr Bescheidenheit am Platze gewesen.

AW



Peter Maffay wollte im Januar 1990 die DDR retten.

Gunnar Schupelius: Letzte Edelfeder einer Schrottzeitung

Ist die Pressefreiheit in Deutschland in Gefahr? Die Meinungsindustrie denkt bei solch einer Frage gern an Deniz Yücel, den linksextremen, gebürtigen Kurden, der inzwischen mit deutschem Paß ausgestattet, in der früher bürgerlichen WELT schreibt. Ich denke da eher an Gunnar Schupelius, die letzte Edelfeder des Boulevardblattes „B.Z.“.

2014 wurde er Opfer der Terrororganisation „ANTIFA“, die sein Auto ansteckte. Aus dem dreisten Bekennerschreiben: „Angriffe auf Haßbrenner wie Schupelius sind als Akt antifaschistischer Notwehr zu sehen [...] Ein kleiner Rat an Gunni, schreib lieber Backrezepte: Haßpropaganda wird immer für Gegenfeuer sorgen!“ Der damalige SPD-Chef Jan Stöß: „Das sind SA-Methoden“. Schupelius greift immer wieder unbequeme Themen auf, die dem Mainstream nicht gefallen. Als DIE LINKE die Umbenennung der Straße „Alt-Friedrichsfelde“ in „Straße der Befreiung“ forderte, nahm Schupelius am 9. April 2015 in der B.Z. dazu Stellung:

Richtig sei, daß „Stalins Soldaten“ das NS-Regime 1945 beendet haben. „Doch die Freude über diese Befreiung währte nicht lange, denn Stalin errichtete in Deutschland eine neue Diktatur. Die rote Herrschaft, die sich ab 1949 DDR nannte, war weniger grausam als die braune. Doch habe auch sie viele Menschenleben auf dem Gewissen. Die russische Besatzung war fürchterlich und auch die

Gewalt des SED-Regimes gegen unschuldige Bürger. [...] Sie (DIE LINKE) hat offenbar den Terror der Roten Armee und ihrer Handlanger in Deutschland vergessen oder will ihn immer noch nicht wahrhaben.“ Bei dieser Gelegenheit erinnerte Schupelius daran: „In den östlichen Bundesländern gibt es immer noch mehr als 600 Straßen, die nach Ernst Thälmann (1886-1944) benannt sind.“ Dass der damalige Kommunistenhäuptling von den Nazis ermordet wurde, macht ihn nicht zum Demokraten oder Widerstandskämpfer.

Beides ließ den früheren stellvertretenden Generalstaatsanwalt und Stasi-Mann Hans Bauer nicht ruhen. Er stellte Strafanzeige gegen Schupelius nach § 189 StGB und § 194, 2 StGB – natürlich ohne Erfolg. Bauer

ist nach Auskunft von Wikipedia Mitglied der Partei DIE LINKE, die aus PDS und SED hervorgegangen ist. Sein Vorgehen kann eigentlich nur als Anschlag gegen die Pressefreiheit und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ der Bundesrepublik Deutschland gesehen werden. Da DIE LINKE offenbar Bauer weiter in ihren Reihen duldet, muß die Frage erlaubt sein, inwieweit die Partei, die Berlin mit Hilfe der SPD und der Grünen mitregiert, noch als demokratisch angesehen werden kann.

Schupelius ist auch als Buchautor erfolgreich. Bisher erschien: „Beruf König“ (2019), „Berlins Geschichte für Kinder“ (2012), „Mein Gorilla hat 'ne Villa ... im Zoo!“ (2016) und „Als die Mauer stand: Die Geschichte der Teilung Berlins“ (2016). AK



Journalismus in Berlin – viel Schatten, aber auch Lichtblicke: Gunnar Schupelius

Ordnungsrufpraxis im Berliner Abgeordnetenhaus ...

Der 2016 gewählte deutsche Bundestag hatte bisher mehr Peinlichkeiten als politische Sternstunden zu bieten. Eine von ihnen gab es am 26. September 2019, als der amtierende Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) deutlich machte, daß er nicht gewillt ist, die linksextreme Schläger-

truppe „Antifa“ salonfähig zu machen. Die kommunistische Bundestagsabgeordnete Martina Renner war mit einem Antifa-Button zur Bundestags-sitzung erschienen und mit diesem Symbol auch eine Rede. Sie erhielt dafür von Kubicki einen Ordnungsruf. Die daraufhin die Fassung verlierende



Ralf Wieland (SPD) nimmt Pöbeleien im Parlament nicht zur Kenntnis.

Laura Himmelreich: Glücklose Me-Too-VeteranIn

Laura Himmelreich kann mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen, eine PionierIn der unappetitlichen „MeToo“-Bewegung zu sein. Nachdem die damalige Mitarbeiterin des STERN sich das Vertrauen des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Rainer Brüderle erschlichen hatte, sodass er sie sogar im eigenen Auto zu Terminen mitgenommen hatte, machte sie sich am 24. Januar 2013 in dem „Magazin“ STERN mit angeblichen oder tatsächlichen „sexuellen Belästigungen“ wichtig.

Wir erinnern uns: Das Blatt veröffentlichte 1983 gefälschte Hitler-Tagebücher. Damals war das noch ein Skandal. Heute geht man über Claas Relotius und Konsorten einfach hinweg. Himmelreichs Aktion ist im Zusammenhang mit der Bundestagswahl vom 22. September 2013 zu sehen, bei der die FDP an der 5%-Hürde scheiterte. Weite Teile der Meinungsindustrie wollten damals eine rot-rot-grüne Mehrheit herbeischreiben.

Himmelreich gehörte am 6. Januar 2012 zu dem engen Kreis von Journalisten, die beim traditionellen Drei-

königstreffen der FDP die Nähe des Bundeswirtschaftsministers suchten und fanden. Brüderle habe ihr in die Bluse geschaut und bemerkt: „Sie können ein Dirndl auch ausfüllen.“ Anders als es in der CDU bei einem ähnlichen Vorfall zu erwarten gewesen wäre, solidarisierten sich fast alle führenden FDP-Politiker mit Brüderle. Wolfgang Kubicki sowieso, aber auch die links gestrickte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Wegen des Zusammenhalts der Liberalen fand Himmelreichs Geschreibsel wenig Resonanz.

„DIE ZEIT“, die „taz“, die „Süddeutsche Zeitung“ – eben die Organe, von denen nichts anderes zu erwarten war, lobten Himmelreich.

Das war's dann aber auch. 2016 ging sie angeblich freiwillig vom STERN weg. Sie

wurde Chefin eines Lifestyle- und Jugendmagazins, das aber in Deutschland nicht gedruckt wird, sondern nur online verfügbar ist.

Im Sommer 2019 war auch dort Schluß. Der US-Mutterkonzern Vice Media hatte Anfang des Jahres einen Sparkurs vorgegeben. „Auf eigenen Wunsch“ verließ Himmelreich Vice: „Für mich ist es jetzt ein guter Zeitpunkt, weiterzuziehen“. Wo sie recht hat, hat sie recht.



Täterin und Opfer: Bundeswirtschaftsminister a. D. Rainer Brüderle (FDP) und Ex-STERN-Schreiberin Laura Himmelreich.

... und im Deutschen Bundestag

Oberkommunistin Katja Kipping erhielt ebenfalls einen Ordnungsruf.

Am 12. September 2019 wurde ich von der Abgeordneten Ines Schmidt (LINKE) während meiner Rede als „Kasper“ titulierte. Der Aufmerksamkeit des Herrn Parlamentspräsidenten entging dies. Auf meine Aufforderung, der Dame einen Ordnungsruf zu erteilen, erhielt ich folgendes Schreiben: „Ihr Monitum zu der Plenarsitzung vom 12. September 2019 hat dem Präsidenten vorgelegen.“

Der Präsident bzw. die Vizepräsidentinnen erteilen im Rahmen ihrer Sitzungsleitung Rügen oder Ordnungsrufe, wenn dies unter Würdigung der

Gesamtumstände im konkreten Einzelfall zur Wahrung der parlamentarischen Ordnung geboten ist.

Den Zwischenruf von Frau Abg. Ines Schmidt (LINKE) hat der Präsident nicht wahrgenommen.

Die Auswertung des Protokolls der 46. Plenarsitzung (vgl. S. 5519 und 5520) führt nicht zu der Notwendigkeit, Ihren Redebeitrag oder den Zwischenruf der Abg. Ines Schmidt (LINKE) zu beanstanden. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Julia Kruse“.

Wie man sieht wird zweierlei Fehlverhalten von kommunistischen Abgeordneten durch die Parlamentspräsidenten unterschiedlich gewertet. AW



Wolfgang Kubicki (FDP): klare Kante gegen Linksterror

Geisterbahnhöfe

Der 13. August 1961 bedeutete auch für den öffentlichen Personennahverkehr einen schwerwiegenden Einschnitt. Die meisten S-Bahnlinien verloren ihre bisherigen Endbahnhöfe wie Potsdam, Staaken, Velten, Oranienburg und Mahlow. Die Friedhofsbahn von Wannsee nach Stahnsdorf wurde ganz eingestellt. Die Stadtbahn von Wannsee nach Erkner endete am Bahnhof Friedrichstraße, auch die U-Bahnlinie 2 von Krumme Lanke nach Pankow endete nunmehr am Bahnhof Gleisdreieck. Aber es gab auch drei Linien, deren Züge im Westteil der Stadt starteten und endeten und dabei durch den Ostteil der Stadt hindurchfuhren.

Diese Züge hielten nun im Osten nicht mehr. Schwere bewaffnete DDR-Grenzer patrouillierten auf den Bahnsteigen und trugen dafür Sorge, daß nicht etwa ein mißvergnügter „DDR-Bürger“ dem Arbeiter- und Bauernparadies den Rücken kehrte. Den französischen, britischen und

US-amerikanischen Schutzsoldaten in West-Berlin war es strengstens verboten, mit den Linien 6 und 8 der U-Bahn oder der Nord-Süd-S-Bahn durch das Herrschaftsgebiet der SED zu fahren. Die Züge fuhren langsam und ohne Halt hindurch.

Mancher GI unterzog sich in Zivilkleidung dennoch dieser Mutprobe, um einen Hauch Kommunismus zu inhalieren.

Auch wagemutige Westberliner befuhren aus Daffke die Linien mit den Geisterbahnhöfen, anstatt auf dem Deutsch-Amerikanischen Volksfest mit der Geisterbahn zu fahren.

Am Bahnhof Friedrichstraße in Ost-Berlin trafen die U-Bahnlinie 6, die Nord-Süd-Bahn und Stadtbahn zusammen.

Das Regime, das angeblich eine klassenlose Gesellschaft anstrebte, verkaufte dort Alkoholika und Tabakwaren weit unter den im Westen üblichen Preisen: um der klammen DDR freikonvertierbare Devisen zu



NVA-Angehörige und VoPos: Schwer bewaffnet auf den Geisterbahnhöfen.

verschaffen.

An den Tunnelanlagen der U-Bahnlinien 6 und 8 verdiente die DDR ganz gut: Sie hätte zwar die durch Ost-Ber-



Klassenlose Gesellschaft in der DDR – Intershop: Zutritt nur für DDR-Bürger mit Westgeld.

lin führenden Strecken sperren können, tat dies aber nicht. Stattdessen erhob sie bis 1989 Benutzungsgebühren.

Während die früheren Geisterbahnhöfe inzwischen wieder angefahren werden und die meisten Vorortstrecken wieder an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sind, warten die Menschen in Staaken und Stahnsdorf bisher vergeblich darauf, daß auch bei ihnen wieder die S-Bahn-Züge halten. Auch von Hennigsdorf bis Velten fährt nur die Regionalbahn. Am Nordbahnhof gibt es dazu eine Ausstellung. Der Eingang befindet sich am Eingang Gartenstraße des S-Bahnhofes. Der Eintritt ist frei.

Andreas Wild



BVG-Plan aus den 60er-Jahren: Die Geisterbahnhöfe sind durchgestrichen.

Leseempfehlung: Mauerfall

Der Fall der Berliner Mauer vor 30 Jahren bleibt für die Älteren ein emotional geprägtes Ereignis, mit dem sich unterschiedlichste persönliche Erinnerungen verbinden. Für die unter 35-Jährigen – immerhin schon rund ein Drittel der Bevölkerung – ist er bereits Geschichte ohne eigene Erinnerung.

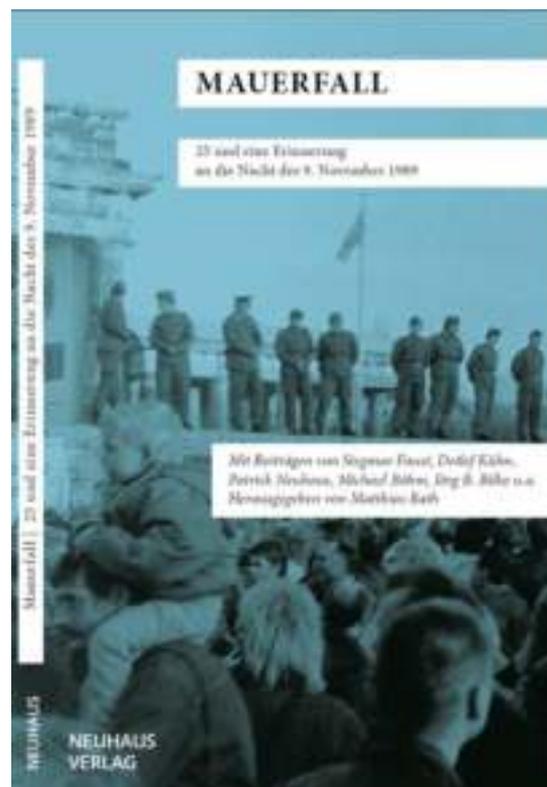
Angesichts dessen hat es der bekannte Jurist, Autor und ehemalige DDR-Fluchthelfer Dr. Matthias Bath unternommen, Erinnerungen an den 9. November 1989 in einer kleinen Anthologie zusammenzufassen. Den Erinnerungsberichten hat er einen gut vierzigseitigen Abriß über den Verlauf der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 in der DDR vorangestellt.

Die Anthologie selbst umfaßt 26 Beiträge, davon 8 von Zeitzeugen, die damals im Osten lebten, und 18 von Zeitzeugen aus dem damaligen Westen. 14 der Zeitzeugen waren damals in Berlin, davon 8 im Westteil und 6 im Ostteil der Stadt. Zwölf Zeitzeugen haben die damaligen Ereignisse von außerhalb verfolgt, sei es von Bonn, Braunschweig, Dresden, der

dänischen Insel Falster, Frankfurt/Oder, dem hessischen Friedberg, dem Hamburger Umland, Kirchzarten bei Freiburg oder von Tübingen aus. Mehrere dieser auswärtigen Zeitzeugen machten sich schnellstmöglich auf den Weg nach Berlin, um hier die weiteren Ereignisse mitzuverfolgen.

In Berlin konzentrierten sich die Ereignisse auf das Brandenburger Tor, die innerstädtischen Grenzübergänge, wo sich ab 22:30 Uhr die Schlagbäume hoben, und den Kurfürstendamm mit der Gegend um die Gedächtniskirche. Die Erinnerungen der Zeitzeugen erweisen sich dabei auf vielfältige Weise miteinander und mit diesen Orten verwoben. Im Ergebnis ist es dem Herausgeber gelungen, einen schönen Strauß der unterschiedlichsten Erinnerungen an die Tage um den 9. November 1989 zusammenzuführen. Es mag durchaus sein, daß sich auch der eine oder andere ältere Leser hier mit seinen eigenen Erinnerungen wieder begegnet.

Das ist aber auch gut so, denn wenn ganz normale Menschen mit ihren Erinnerungen zu Wort kommen, hat man schließlich den Souverän unse-



res wieder vereinten Landes vor sich.
Herbert Hermann

Matthias Bath (Hrsg.) „Mauerfall - 25 und eine Erinnerung an die Nacht des 9. November 1989“, Neuhaus Verlag, 2019, 178 S., 18,- € ISBN 978-3-937294-15-5.

Hetze? Verhetzung? Volksverhetzung?

Renate Künast ist mit einem Urteil des Landgerichtes unzufrieden. Die streitbare Dame von der grünen Partei teilt gern aus, aber wenn sie dann selbst mit unflätigen, vielleicht auch beleidigenden Ausdrücken belegt wird, führt sie sich wie ein absolutistischer Monarch auf, der von seinen Untertanen mit Majestätsbeleidigung konfrontiert wird. Aber Künast ist hier gar nicht mein Thema. Thema ist hier, was die politische Nomenklatura und die Schreiber der Meinungsindustrie zum Besten geben, ohne daß sie mit dem Volksverhetzungsparagrafen in Konflikt geraten.

2015 bezeichnete Sigmar Gabriel Demonstranten als „Pack“. Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck bepöbelte die neuen Bundesländer als „Dunkeldeutschland“.

In der „ZEIT“ schrieb ein Markus Decker: „Mein Verständnisreservoir ist, was Ostdeutschland betrifft, aufgebraucht.“

Die Integrationsforscherin Naika Froutan meinte 2018 in der „taz“: „Ostdeutsche sind irgendwie auch Migranten“.

Der Mediendirektor des katholischen Erzbistums Köln, Ansgar Meyer erklärte in christlicher Nächstenliebe: „Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atommüll, Ihr nehmt Sachsen?“ Ralph Bollmann durfte in der

„Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schreiben: „Zwischen Ost- und Mitteldeutschen sind Mischehen selten.“

Der Volksvertreter Cem Özdemir pöbelte 2014 bei Maybrit Illner gegen die Bewohner der neuen Bundesländer: „komische Mischpoke“.

Jan Böhmermann, von Zwangsgebühren finanziert Mochtegernsatiriker jüngstens: „Das letzte Mal, daß so viele

Ausländer nach Dresden geflogen sind, war im Februar 1945.“

Am 22. Februar 2016 färbte die „Hamburger Morgenpost“ Sachsen auf der Landkarte braun ein und titelte: „Der Schandfleck.“

2018 log Regierungssprecher Stefan Seibert etwas über Hetzjagden in Chemnitz zusammen, die gar nicht stattgefunden hatten.

Nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen schrieb Michael Lühmann vom Göttinger Institut für Demokratieforschung: „Jeder dritte männliche Wähler in Sachsen hat mutmaßlich Scheiße im Kopf.“

Lars Golenia, freier Medienschaffender: „AfD-Wähler sind für mich Menschen zweiter Klasse.“

Diese Liste ließe sich fast unbegrenzt verlängern. Bemerkenswert ist, daß keiner dieser, tja, wie bezeichnet man diese Herrschaften zutreffend, ohne dass einem die Galle hochkommt ...

Niemand von diesen Leuten wurde strafrechtlich belangt. Sie dürfen



Jan Böhmermann wird vom Zwangsgebührenfunk finanziell ausgehalten – ob er sich selbst für originell hält?

ihre menschenverachtenden Ansichten weiter ausbreiten. Teile unserer „Eliten“ sind inländerfeindlich. So wie im Januar 1990 noch 126 „Prominente“ die Anerkennung der DDR forderten, so werden die Menschen in den neuen Bundesländern heute herabgesetzt. Die Mitarbeiter der Meinungsindustrie leben teilweise in einer eigenen kleinen Welt. In demaskierender Offenherzigkeit bekannte ein US-Reporter eines deutschen Blattes: Er könne nicht verstehen, wie Donald Trump habe gewählt werden können. Sein ganzer Bekanntenkreis habe Hillary Clinton gewählt. Das sagt sehr viel über seinen Bekanntenkreis, aber auch über seine Qualität als Journalist aus.

Die Diskriminierung von Deutschen aus den neuen Bundesländern gab es schon vor dem Auftauchen der AfD. 2010 lehnte eine Firma in Schwaben eine Bewerberin ab, weil sie aus dem Osten kam. Auf der Bewerbungsunterlage, die ihr zurückgesandt worden war, war „Ossi“ vermerkt. Das Arbeitsgericht Stuttgart fand, das sei nicht zu beanstanden. AW

Impressum

Andreas Wild Mda
Abgeordnetenbüro
- Staatsreparatur -
Jungfernstieg 4 b, 12207 Berlin
Direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-Ost
030-209677555 wild@wild-agh.de



Sigmar Gabriel (SPD) verträgt gelegentlich keine anderslautende Meinung. Da rutscht dem Volksvertreter schon mal das Wort „Pack“ heraus.